

14. IV. 1917

14
24

Auswärtige Wirtschaftspolitik, insbesondere die Handelspolitik vor und nach dem Kriege. *)

Wien, 18. April.

Die Erörterungen über die Frage, welche Richtung die auswärtige Wirtschaftspolitik nach dem Kriege einzuschlagen habe, wurden bisher meist von althergebrachten Anschauungsweisen beherrscht. Man behandelte bloß den Warenverkehr und die darauf bezügliche Politik (Zoll- und Handelspolitik) und hier den alten Widerstreit der Meinungen über Schutz Zoll und Freihandel, über die Meistbegünstigung, über den Grundsatz der „offenen Tür“ u. a., übersah aber die innige Wechselwirkung, die zwischen dem bloßen Warenverkehr und den übrigen Arten des zwischenstaatlichen Verkehrs (Wanderbewegung, Politik der Verkehrsmittel zu Land und zu Wasser, Kapitalienverkehr) einerseits und zwischen dem gesamten äußeren Wirtschaftsverkehr und der auswärtigen Politik selbst besteht.

Der Krieg hat nun die tatsächlichen Voraussetzungen des gesamten zwischenstaatlichen Verkehrs und somit auch der auswärtigen Wirtschaftspolitik grundlegend geändert. Auf handelspolitischem Gebiete brachte der Krieg ein völlig geändertes Bild: das Zerreißen vieler Fäden des internationalen Handels- und Geldverkehrs; die Handels- und Zahlungsverbote nach dem englischen Vorbilde; Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkungen aus militär-, ernährungs- und valutapolitischen Gründen; gewaltige Verschiebungen der Handelsbilanzen; die überaus starke Zunahme der Einfuhren in den kriegsführenden Staaten, namentlich unserer Feinde; die Erstarkung der industriellen und finanziellen Organisationen und damit die Gefahr einer Schwächung der wirtschaftlichen Lage der Mittelstandsgruppen.

Von besonderer weltwirtschaftlicher Wichtigkeit ist die bedeutende Zunahme des Handels- und Geldverkehrs so großer Wirtschaftsgebiete wie Japans und der Vereinigten Staaten von Amerika. Japan und Amerika begegnen sich, vielleicht auf Grund besonderer Abkommen, darin, schon während des Krieges kommerziell, finanziell und schiffahrtspolitisch sich möglichst viele Absatzplätze zu sichern. Die eigene Produktion wird mit allen Mitteln gefördert, um die europäische, namentlich die deutsche und österreichische Einfuhr überflüssig zu machen. Bankfilialen werden überall gegründet und die Handelsflotte mächtig ausgebaut. Der wirtschaftliche Panamerika ist im Kriege neu erwacht. Die nordamerikanische Union dringt wirtschaftlich immer tiefer in die Staaten des Südens ein, beherrscht Industrien, Bergwerke, Eisenbahnen, Schifffahrt und gewährt zu günstigen Bedingungen Anlehen. Eine Folge dieser wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit ist auch das wahrscheinliche Einschwenken dieser Staaten in die gegen die Mittelmächte gerichtete Außenpolitik der Union.

Dazu kommen die wirtschaftspolitischen Kriegspläne der Staaten der Entente selbst, die Organisationen zur Förderung der Produktion namentlich solcher Waren schaffen, die bisher aus den Mittelmächten bezogen wurden. Angesichts dieser bedeutenden Veränderungen ergibt sich aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen die eherne Notwendigkeit für die Mittelmächte und ihre Verbündeten, sich zunächst selbst wie politisch so auch wirtschaftlich auf das innigste zusammenzuschließen, um gegenüber den bestehenden und entstehenden Imperien eine möglichst gute wirtschaftspolitische Rüstung zu besitzen. Alle Einwände gegen dieses Wirtschaftsbündnis, namentlich solche rein wirtschaftlicher oder gar nur zollpolitischer Natur, aber auch die im Verlaufe des Krieges selbst geänderten Wirtschaftsaussichten auf den Weltmarkt sind von viel zu geringer Bedeutung, um gegenüber der weltwirtschaftlichen und welpolitischen Notwendigkeit des Bedürfnisses Beachtung zu verdienen. Das gleiche gilt auch von den bis zum Kriege so eifrig erörterten Einzelfragen des österreichisch-ungarischen Ausgleiches.

Auch auf dem Gebiete des internationalen Kapitalienverkehrs hat der Krieg wichtige Lehren gebracht. Die volkswirtschaftliche und politische Bedeutung der Kapitalienwanderung wurde bei uns und in Deutschland viel zu gering eingeschätzt. In Oesterreich-Ungarn begnügte man sich mit dem bequemeren Inlandsgehalte und überließ sogar die für das Kapital und den Export so wichtigen Auslandsmärkte des Balkans und der Levante anderen Staaten, auch solchen, welche nunmehr zu unseren Feinden zählen. Eine im Verhältnis zur inländischen Betätigung des Kapitals nicht allzu große Auswanderung desselben, um in fremden Ländern wirtschaftliche Unternehmungen aller Art zu begründen und damit auch der heimischen Warenausfuhr dorthin zu dienen, muß als volkswirtschaftlich durchaus gesunde Erscheinung bezeichnet werden.

Das hauptsächlichste Gläubigerland, Großbritannien, wurde allmählich zu einem Schuldnerland, die Vereinigten Staaten dagegen aus einem Schuldner- zu einem der größten Gläubigerstaaten. Auch Frankreich verlor zusehends seine lange innegehabte herrschende Position als Gläubigerstaat. Einer der hauptsächlichsten Gründe, welche die führenden Männer der nordamerikanischen Union zum Eintritt in den Krieg veranlaßten, dürfte wohl die Absicht sein, die gewaltigen Anleihen der Entente in den Vereinigten Staaten zu sichern, indem man der Entente zu einer erfolgreichen Beendigung des Krieges verhelfen will. Die Gläubigerstaaten haben vor den Schuldnerstaaten auch währungspolitisch einen großen Vorsprung. In dieser Hinsicht kommt eine noch viel zu wenig beachtete internationale Finanzfrage in Betracht. England,

*) Am heute Abend in der Volksversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins gehaltenen Vortrage des Professors Dr. Rudolf Kobatsch.

Rußland, Japan mit Korea, China und die Vereinigten Staaten beherrschen insgesamt 90 Prozent der Goldproduktion. Die Abhängigkeit in der Beschaffung der metallischen Grundlage der Währung erfordert daher vom Standpunkte der Mittelmächte, die über fast keine eigene Goldproduktion verfügen, ein gründliches Studium. Diese Tatsache wird, abgesehen von dem praktischen Gesichtspunkte, daß die Notenbanken jahraus, jahrein Milliarden Werte an Gold unverzinslich liegen haben und daß gewaltige Goldmengen beständig auf der Wanderschaft sind, anlässlich der Friedensverhandlungen die Frage der Aenderung der Währungsgrundlage aufwerfen und man wird, wenn viell.icht auch nicht zur Beseitigung der Goldwährung, so doch zu einer wesentlichen Einschränkung ihres Geltungsgebietes, zur Goldkernwährung übergehen.

Sonstige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Valuta wären am zweckmäßigsten zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einverständlich zu treffen, doch sollte man sich von einer Psychose in valutapolitischen Dingen fernhalten. Die Entwertung der Valuta in früheren Kriegen wurde erfahrungsgemäß ziemlich rasch wieder beseitigt. Keinesfalls dürfte es zweckmäßig sein, durch eine Drosselung der Einfuhr bloß die eine Komponente des internationalen Geldwertes, die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, beeinflussen zu wollen; viel richtiger wird es sein, die andere Komponente, die ausländische Nachfrage nach inländischen Zahlungsmitteln, durch die möglichste Förderung der Ausfuhr günstiger zu gestalten.

Zum Schluß sei auf die Zusammenhänge zwischen dem auswärtigen Wirtschaftsverkehr und der auswärtigen Politik hingewiesen. Diese Zusammenhänge wurden oft bezweifelt, ja sogar verworfen. Die Geschichte lehrt aber das Gegenteil. Man hätte bei uns längst lernen müssen, daß Außenpolitik und Wirtschaft untrennbare Begriffe sind. Die Politik ist nur die ins Staatliche überlebte Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik nur der Sammelname für die geeignetsten Mittel der Außenpolitik. Die politische Macht ist im Wesen wirtschaftlich-finanzielle Macht und beruht auf dem diplomatischen und journalistischen Geschick, die politische Macht in politisch gangbare Münze umzuprägen. Es gab aber ungelente Wirtschaftsriesen, Volksthe, die oft von einem politischen David niedergeworfen werden konnten. Auch hier hat der Krieg so manche Fehler der Vergangenheit aufgedeckt und Richtlinien für die Zukunft gezeigt.